

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Dienstag, 4. Jänner 1938

Nr. 2

Roosevelts Neujahrsbotschaft:

Scharf gegen die Diktaturen Friede nur durch Demokratie gesichert

Washington. (Reuter.) Präsident Roosevelt verlas am Montag im Kongress eine von der ganzen Weltöffentlichkeit mit außerordentlichem Interesse erwartete Botschaft. In dieser Botschaft heißt es:

Die Ereignisse des gegenwärtigen Zeitraumes und das, was sich aus ihnen für die Zukunft ergeben kann, erfordern, daß ich klar und mit voller Abwägung über die Ursachen der Ereignisse spreche, welche tiefe Erschütterungen auf allen Seiten hervorgerufen haben. Trotz der friedlichen Bestrebungen der Vereinigten Staaten ist es klar, daß die Taten und die Politik von Staaten in anderen Teilen der Welt eine tiefgreifende Wirkung nicht nur auf deren unmittelbare Nachbarn, sondern auch auf die Vereinigten Staaten ausüben werden. Ich bin glücklich darüber, daß unser Land trotz den Provokationen, welche an-

gesichts ihres Ernstes zu andern Zeiten sehr leicht hätten zum Kriege führen können, den Frieden erhalten hat. Das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten haben Zurückhaltung und jenes äußerste von der Zivilisation diktierte Maß an Friedfertigkeit bewiesen, indem sie den friedlichen Zielen treu blieben, während wir gleichzeitig die Integrität und Souveränität von 130 Millionen Bürgern wahren, in der Befürchtung, daß wir unsern Einfluß auf die Erhaltung des Friedens schwächen und vernichten könnten.

Eine starke Ordnung

Unsere traditionelle Politik besteht darin, mit anderen Staaten in Frieden zu leben. Und darüber hinaus gehörten wir zu den ersten, welche die friedlichen Methoden der Diskussion und des Schiedsverfahrens bei internationalen Konflikten verkündeten. Wir haben uns für eine Beschränkung des Rüstungsstandes eingesetzt, aber in einer Welt, welche im Zeichen einer großen Spannung steht, und in welcher Unordnung und Verwirrung herrscht, in einer Welt, in welcher die Grundlagen der Zivilisation tatsächlich bedroht sind, ist es das Gebot jeder Nation und jedes Staates, der mit allen Mitteln bestrebt ist, den Frieden im Innern und außerhalb seiner Grenzen sowie den internationalen Frieden zu erhalten, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Staat genügend stark und imstande sei, diesen Grundsätzen einer ruhigen Lösung von Konflikten zum Durchbruch zu verhelfen. Eine solche Lösung kann nur dort gelingen, wo Ordnung herrscht. Treu ergeben dem Grundsatze, die Rechte anderer zu respektieren und dahin zu wirken, daß die Rechte unserer Staatsangehörigen respektiert werden, müssen wir Sorge tragen, für unsere Verteidigung angemessen stark zu bleiben.

Der Friede durch die Diktaturen bedroht

In der Welt gewinnt das Streben, den Buchstaben und den Geist vereinbarter Abkommen nicht einzuhalten, immer mehr Ausdehnung. Wir sind entschlossen, unsere auf Grund von Verträgen übernommenen Verpflichtungen einzuhalten, so wie wir bereits in der Vergangenheit unsere Verbindlichkeiten eingehalten haben, wir haben jedoch keine Sicherheit dafür, daß auch die anderen die vertraglichen Verpflichtungen einhalten werden. Die Wichtigkeit vertraglich übernommener Verpflichtungen ist, wie es scheint, von einer an der Oberfläche liegenden Strömung getragen worden, die sich immer mehr von den repräsentativen demokratischen Regierungsformen entfernt. Es würde demnach scheinen, daß der Weltfrieden mit Hilfe

internationaler Verträge in der Hand repräsentativer demokratischer Regierungen sicherer sein kann — mit anderen Worten gesagt — der Frieden ist in höchstem Maße in jenen Staaten und Nationen bedroht, welche die demokratischen Regierungsformen verworfen haben. Ich gebrauche die Worte von einer an der Oberfläche liegenden Strömung, weil ich immer glaube, daß der zivilisierte Mensch immer mehr bestrebt ist und auch in Zukunft bestrebt sein wird, an der Regierung seines eigenen Landes unmittelbaren Anteil zu nehmen.

Unsere Nation glaubt, daß in den nächsten Jahren die Demokratie wiederhergestellt werden oder in jenen Staaten Wurzel fassen wird, welche gegenwärtig die Demokratie nicht kennen. Auf diesem Glauben beruht der künftigen Frieden der Menschheit.

Für soziale Gerechtigkeit

Präsident Roosevelt befahte sich sodann in seiner Botschaft mit innerpolitischen Angelegenheiten. Dabei analysierte er u. a. die Vorwürfe, welche gegen die Erhöhung der Löhne und gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit der Industriearbeiter erhoben werden. Sein vernünftiger Mensch wird wollen, daß überall in allen Gebieten der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Höhe der Löhne eine absolute Einheitlichkeit erreicht wird. Unser Streben geht nur dahin, solche Gesetze zu schaffen, welche untragbare Löhne und eine untragbare Arbeitszeit beseitigen. Diese legislativen Maßnahmen sind also ein Problem, welches der Kongress einer Lösung zuführen muß.

Gegen die egoistischen Kapitalisten

Das Bestreben des Präsidenten Roosevelt geht dahin, das Budgetgleichgewicht so schnell als nur möglich zu sichern, und zwar 1. dadurch, daß der bedürftigen Bevölkerung und allen arbeitswilligen Arbeitsmöglichkeiten gegeben wird; 2. dadurch, daß alle Zweige der staatlichen Tätigkeit, die keinen Nutzen bringen, eingestellt oder vermindert werden; 3. dadurch, daß die Kaufkraft der Bevölkerung gehoben wird, und zwar in dem Maße, daß die Steuern, welche sich daraus ergeben, zur Bedeckung der unerläßlichen Ausgaben der Regierung genügen. Präsident Roosevelt betonte in seiner Botschaft weiter, daß eine Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit notwendig ist. Eine schlechte Verwendung der Macht des Kapitals oder eine egoistische Verwendung des Kapitals, welche nicht produktiven Zwecken dient, muß letzten Endes zu einem kapitalistischen System führen, welches an seinen eigenen Fehlern zugrunde geht.

„Gesetzlicher“ Verfassungsbruch Gogas

Bukarest. Der „Timpul“ meldet, daß parlamentarische Neuwahlen noch vor Beginn der landwirtschaftlichen Arbeiten stattfinden werden. Das Schicksal des gegenwärtigen Parlamentes sei, dem Blatte zufolge, bereits entschieden, und zwar ständen zwei Hypothesen zur Diskussion: Zusammentritt und nachher Auflösung oder Annullierung der letzten Wahlen wegen Formschler, beziehungsweise Auflösung des Parlamentes noch vor dem Zusammentritt.

Demokratie — destruktiv

Bukarest. Wie die „Tzara Noastra“ („Unser Land“), das offiziöse Organ der national-christlichen Partei meldet, sind die Gerüchte, welche von einem Wiedererscheinen der (demokratischen) Blätter „Dimineala“, „Adeverul“ und „Lupta“ sprechen, falsch. Diese Zeitungen wurden nicht suspendiert, sondern eingestellt. Diese Maßnahme sei notwendig gewesen, um die Nation vor dem „destruktiven Geiste“ dieser Blätter zu bewahren. Eine aus solchen Erwägungen vorgenommene Maßnahme werde nicht wieder aufgehoben werden.

„Eiserne Garde“ bleibt selbständig

Berlin. Das Deutsche Nachrichten-Büro meldet aus Bukarest: „Buna Vestire“ gibt eine Erklärung des Führers der „Eisernen Garde“ Gogreanu wieder, in der dieser die von einigen Bukarester Blättern verbreitete Behauptung energisch dementiert, daß die „Eiserne Garde“ an den kommenden Wahlen angeblich nicht teilnehmen werde. Gogreanu erklärt ferner, daß seine

Goga telegraphiert

Der neue rumänische Ministerpräsident fandte u. a. auch an Hitler und an den Ministerpräsidenten des Bodza Telegramme. Hitler ließ durch den deutschen Gesandten in Bukarest danken. Gogreanu dankt in einem Antworttelegramm für die Kundgebung der Freundschaft gibt der Ueberezeugung Ausdruck, daß die gemeinsamen Interessen unzertrennbare Garantien der Dauerhaftigkeit des Bündnisses sein werden und gedenkt überdies der alten persönlichen Freundschaft mit Goga.

Aus dem Inhalt:

Betriebsstilllegung in Roßbach

Ehetragödie in Mähr.-Ostrau

Furchtbares Lawinenglück in Oesterreich

Pariser Ausstellung wird nicht mehr eröffnet

Warum Leo Blech in Prag nicht dirigieren darf

Gratulant Henlein

„Die Besucher der 3. Tagung für öffentliches Recht der SdP sehen in diesem Vorfalle ein Symptom von grundsätzlicher Bedeutung. Sie sehen sich außerstande, angesichts dieses Vorfalles ihre Arbeiten fortzuführen, brechen die Tagung in dieser Stunde ab, nicht ohne Sie, Herr Ministerpräsident, als Chef der Regierung eindeutig auf die historische Verantwortung festzulegen, die denen zukommt, welche nicht zu verhindern wissen, die Verfügungsgewalt über die Exekutive haben und daß nachgeordnete Faktoren in händigen Mißbrauch der Exekutivgewalt Zwischenfälle schaffen, die unetzlich sind für jeden rechtlich Denkenden, für jeden volksbewußten Sudetendeutschen, und die in ihrer konsequenten Abfolge unberechenbar sind in ihren Auswirkungen für die Zukunft.“

Die furchtbar-grimmige Kampfansage, die wir vorstehend zitieren, ist ungefähr zehn Wochen alt. Sie bezog sich auf die bekannten „Teplitzer Vorfälle“, die seither schon fast in Vergessenheit geraten sind. Damals hat Herr Henlein in einem bombastischen „Offenen Brief“ an den Präsidenten der Republik hanebüchene Annahmen und Drohungen ausgesprochen, welche dazu führten, daß diese Schreibübung in ihrer Gänge der Genjur zum Opfer fiel.

Inzwischen ist wieder einiges Wasser die Moldau hinabgeflossen. Die SdP war heilfroh, daß die Teplitzer „Affäre“ in den Akten des Immunitätsausschusses begraben wurde. Ihre aus diesem Anlaß veräußerten Kraftsprüche hat sie schon vergessen. Zehn Wochen nach dem blutrünstigen Spektakel von Teplitz finden wir Herrn Henlein unter den Mitarbeitern des agrarischen „Venkov“ und zwar anlässlich einer Neujahrsumfrage: „Was wünschen Sie der Tschechoslowakischen Republik zum 20. Jahre?“ Der „Glückwunsch Konrad Henleins zum Republik-Jubiläum“ ist die erheiternde Sensation des Tages. Aus den „unberechenbaren Auswirkungen“, die vor sechs Wochen prophezeit wurden, ist ein neuer Beweis des unberechenbaren Dilettantismus der SdP-Führung geworden.

Ueber den Gratulations-Beitrag des Herrn Henlein ist nicht viel zu sagen: Er bewegt sich im Rahmen der von den deutschen Aktivisten vertretenen Ansichten und fordert vor allem mehr psychologisches Verständnis für die Sudetendeutschen. Erwähnenswert ist vielleicht ein einziger Satz. Henlein schreibt dem „Venkov“ u. a.: „Das Sudetendeutschtum gedenkt mit viel Verständnis jenes mutigen Kampfes des tschechischen Volkes um seine Existenz und Zukunft und jener Vorschläge, die es mit dem Ziele des gesicherten und schöpferischen Zusammenlebens der Völker — und zwar unabhängig von Staat und Staatsform — seit dem Jahre 1848 immer wieder erhoben hat.“ Da hat wohl ein Schüler der höheren Diplomatie die Feder des Gratulanten geführt. Mit einer verständnisvollen Sympathie, welche „unabhängig von Staat und Staatsform“ belundet wird, dürfen ja auch die tschechischen Agrarier wenig anzufangen wissen. Immerhin macht Henlein mit dem Hinweis auf das „Ziel der gesicherten und schöpferischen Zusammenarbeit der Völker“ eine aktivistische Verbeugung, die zu seinem „Offenen Brief“ ungefähr so gut paßt, wie eine Friedensbotschaft Landsburys zu den kriegerischen Banfarenstößen Rusfolinis.

Henleins pseudo-aktivistischer Frontwechsel ließe sich ohne weiteres Auffehen in das politische Alltagsgeschehen einreihen. Niemand erwartet von ihm eine eigene politische Meinung oder eine feste politische Linie. Ja, es ist das untrügliche Symptom jeder Verlegenheit der SdP-Führung, daß sie in kritischen Situationen die meuternden Anhänger mit gelegentlichen englischen Blätterstimmen oder mit Orakelsprüchen des „Venkov“ zu beruhigen verucht. Wenn sich diesmal Herr Henlein persönlich in die Spalten des ultra-agrarischen Blattes flüchten mußte, um wieder Beachtung zu finden, dann muß die Situation in seiner Partei besonders brenzlich sein. Dem Kameradschaftsbund ist offenbar der Stoff für seine Klüsterpropaganda ausgegangen. Zur Abwechslung wird nun in den nächsten vier Wochen nicht von dem bevorstehenden Einmarsch der Hitler-Truppen, sondern von der Aussicht auf Minister-

